

größere Bedeutung zu als früher. Die „hochkomplexe“ kapitalistische Gesellschaft von heute muß alles daransetzen, ernstliche soziale Erschütterungen zu vermeiden, weil mit harten Klassenkonfrontationen ein immer größeres Risiko verbunden ist. So ist die Bourgeoisie gezwungen, ihr Repertoire an Mitteln des Betrugs, der Zugeständnisse, der Kompromisse zu erweitern und mit staatsmonopolistischen „Regulierungsmaßnahmen“ einzugreifen, ehe der vorgetäuschte Klassenfrieden, die „Sozialpartnerschaft“, vollends in die Brüche geht.

Wir wissen zwar, daß mit Methoden der „Globalsteuerung“, der „Konfliktkanalisierung“, der „konzertierten Aktion“ usw. die Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes nicht aufgehoben werden — vielmehr sind dies alles Verfahren, die die Bourgeoisie anwendet, um ihre Klassengegner zu zügeln —, aber es wäre leichtfertig, würde man die Auswirkungen solchen Vorgehens unterschätzen.

Audi die Losung „Mehr Demokratie wagen!“, von sozialdemokratischer Seite in der BRD vor einigen Jahren ausgegeben, entsprach dem strategischen Konzept, sich „politische Massenloyalität“ zu sichern. Der Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit in bezug auf diese Losung hat sich jedoch seither wieder und wieder bestätigt. Parteioffiziell wird sie nicht mehr benutzt. Die Arbeiterklasse in der BRD hat versucht, damit ernst zu machen.

Die Anpreisung einer „Computer-Demokratie“^{13/} ist ein weiterer Versuch, „politische Massenloyalität“ zum Zwecke der Herrschaftsstabilisierung auf neue Weise zu gewinnen. Der Begriff „Computer-Demokratie“ ist nicht nur als absatzfördernder Reklameeinfall von Verkaufsexperten des Buchgeschäfts zu verstehen. In ihm konzentriert sich eine „neue“ Spielart der bürgerlichen Ideologie.

Demokratie und Klassenfrage

In den weltumspannenden Auseinandersetzungen zwischen Sozialismus und Imperialismus nehmen die Probleme der Demokratie einen wichtigen Platz ein. Leonid Breshnew sagte auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU:

„Die Fragen der Demokratie stehen ... im Mittelpunkt des ideologischen und politischen Kampfes zwischen der Welt des Sozialismus und der Welt des Kapitalismus.“^{14/}

Die Überlegenheit der sozialistischen Demokratie gegenüber der bürgerlichen, die Krise der bürgerlichen Demokratie, die Verteidigung demokratischer Rechte und Freiheiten im heutigen Kapitalismus, das Ringen um ihre Erweiterung, die Einheit des Kampfes um Demokratie und Sozialismus — alles dies sind Fragestellungen, deren richtige Beantwortung für die Öffnung des Weges zum Sozialismus, für die Eroberung der politischen flacht durch die Arbeiterklasse in den jeweiligen kapitalistischen Ländern erstrangige Bedeutung besitzt.

In der sozialistischen Staatengemeinschaft ist die Heranziehung stets breiterer Schichten der Volksmassen, die ungehinderte Entfaltung der Demokratie, ein entscheidendes Mittel, um die Kraft der sozialistischen Staatsmacht zu vervielfachen. Im Kapitalismus hingegen ist die Fernhaltung der ausgebeuteten und unter-

drückten Klassen und Schichten von den Staatsangelegenheiten Existenzbedingung für die imperialistische Bourgeoisie. In einer Zeit, wo alle Wege zum Sozialismus hinführen, ist die Bourgeoisie jedoch gezwungen, ihre politisch-ideologischen Anpassungsbemühungen zu intensivieren, um an ihrer prinzipiellen Position festhalten zu können. Der Entwurf „neuer“ Demokratie-Modelle ist dafür symptomatisch.

Marxisten gehen an die Fragen der Demokratie vom Klassenstandpunkt heran. Der Zusammenhang der Demokratie mit der sozial-ökonomischen Ordnung, die Frage nach dem konkreten sozialen Inhalt einer gegebenen politischen Organisation der Gesellschaft sind dabei der methodologische Ausgangspunkt. Demokratie für wen, für welche Klasse — diese klare und eindeutige Leninsche Fragestellung ist das entscheidende Kriterium, wenn der Streit um Typus, Formen und Prinzipien der Demokratie geht.

Die bürgerlichen Ideologen leugnen oder vernachlässigen aus ihrer Klassenposition heraus den Aspekt der materiellen Determiniertheit der bürgerlichen Demokratie, negieren die ökonomischen Wurzeln der Formen politischer Macht. Anstatt das Wesen dieser Formen aufzudecken, legen sie ihre ganze Kraft darein, durch Aufbauschen der Erscheinungsformen, durch „Erfinden“ neuer Formen den Inhalt der politischen Macht zuzudecken, die Tatsache nämlich, daß es sich um die Diktatur der imperialistischen Bourgeoisie handelt.

In dieser Manier spricht auch Krauch „zur Entwicklung der Demokratie“ (S. 6). Eine in sich geschlossene Gesellschaftstheorie besitzt er allerdings nicht, Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der Gesellschaft kennt er daher ebenfalls nicht. Er macht die Frage der Demokratie zu einem bloßen Prozedurproblem, ohne den jeweiligen klassenmäßigen Inhalt unter die Lupe zu nehmen. Da heißt es, daß es schon in der attischen Demokratie und in den mittelalterlichen Stadtstaaten Kommunikationsschwierigkeiten gegeben habe. Deshalb „erfand man die repräsentative Demokratie“ (S. 9). „Es entstanden die Parlamente als sprachlich-dialogische Simulation der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Hier sollte nun ausdiskutiert werden, welche politischen Programme und Ideen im Interesse aller durchzusetzen waren ... Aber ein in statistischem Sinne repräsentatives Parlament hat es in der Geschichte noch nie gegeben, und kann es auch nicht geben, weil ein Teil der Bevölkerung — Kleinkinder, Schulkinder, Debile, Ältere, Pflegebedürftige — keine vitalen Repräsentanten stellen können ... Sozialistische Modelle gehen ... ebenfalls nicht von einer statistischen Repräsentativität aus ... Keines der bisherigen Systeme genügt den Grundsätzen der Gleichheit und Gerechtigkeit ...“ (S. 9/10).

Nun wissen wir's: Man „erfand“ die repräsentative Demokratie, weil die „rationale Diskussion und der einheitliche Volkswille“ nicht mehr zustande kamen. Die sog. repräsentative Demokratie erscheint als zwangsläufige Folge des Bevölkerungswachstums. Keine Rede davon, daß Demokratie etwas mit Herrschaft zu tun hat! Keine Rede von Klassenspaltung, von Klassenkampf in der Ausbeutergesellschaft! „Rationale Diskussion“, „einheitlicher Volkswille“, „Interesse aller“ statt Diktatur dieser oder jener Ausbeuterklasse über diese oder jene ausgebeuteten und unterdrückten Klassen! Parlamente sind nicht etwa Instrumente der Machtausübung mit sehr spezifischen Funktionen zur Aufrechterhaltung von Klassenherrschaft, nein, sie sind nichts anderes als „sprachlich-dialogische Simulation der gesellschaftlichen Wirklichkeit“.

Krauch subsumiert die antagonistischen Klassenbeziehungen samt und sonders unter das Stichwort „Kommunikation“. Er übersieht außerdem, daß die Entstehung und Entwicklung von Parlamenten mit der Er-

^{13/} Vgl. Krauch, Computer-Demokratie, Düsseldorf 1972. (Alle Seitenangaben im Text ohne besondere Kennzeichnung entstammen diesem Werk.)

Helmut Krauch ist Ordinarius für Planungs- und Entscheidungswissenschaft in Kassel. In seinem Buch sind Ergebnisse aus der Tätigkeit der Heidelberger Studiengruppe für Systemforschung, die er 1958 begründet hat, ebenso wie Erfahrungen aus Aufenthalten in den USA nutzbar gemacht worden. Krauch hatte auch Anteil am Aufbau des Informations- und Planungssystems im Bonner Bundeskanzleramt.

^{14/} Breshnew, a. a. O., S. 111.